



Solidarität

Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí in der Partei Die Linke wird am heutigen Freitag 30 Jahre alt. Fast genauso lang währt ihre Zusammenarbeit mit *Junge Welt*. Gemeinsames Handeln kann zu erstaunlichen Ergebnissen führen. **SEITE 3**

1.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen unter jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 23. JULI 2021, NR. 168 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Elendsbilanz

Jedes fünfte Kind hierzulande von Armut betroffen. Die Linke fordert ausreichend Grundsicherung **5**

Hungerstreik

Brüssel: Nach 60 Tagen nehmen »Sans-papiers« wieder Nahrung zu sich. Ihr Kampf geht weiter **7**

Faustschlag

Ausstellung blickt auf Geschichte der Kasseler »Documenta« zwischen 1955 und 1997 zurück **10**

Korrespondenz

»ich mag dieses land nicht mehr«: Der Briefwechsel Peter Hacks/Hansgeorg Michaelis **12**



Poker um Pipeline

Einigung zu Nord Stream 2: Russland weist Sanktionsdrohungen des Westens zurück. Kiew soll mit Millionen aus Berlin Wasserstoffexporteur werden. **Von Reinhard Lauterbach**

Gastransit durch die Ukraine nur dann, wenn diese ihre Forderungen runterschraubt, sagt der russische Präsident

Moskau hat die indirekten Sanktionsdrohungen in der deutsch-US-amerikanischen Vereinbarung zur Zukunft der Pipeline Nord Stream 2 zurückgewiesen. Außenminister Sergej Lawrow sagte der Agentur *Interfax*, USA und EU hätten die »schlechte Angewohnheit« angenommen, ständig mit Sanktionen um sich zu werfen, anstatt auf die »Gesprächskultur« der Diplomatie zu setzen. Unter Druck werde sich Russland in der Frage des künftigen Gastransits nicht setzen lassen.

Vielsagend wortkarg ist auch die offizielle Mitteilung über ein Telefongespräch zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Präsident Wladimir Putin. Nach der vom Kreml veröffentlichten Meldung würdige dieser die »Standhaftigkeit«, mit der die BRD an dem Pipelineprojekt festgehalten habe. Zur Frage des künftigen Gastransits durch die Ukraine nach dem

Auslaufen des aktuell gültigen russisch-ukrainischen Vertrags (2024) hieß es dagegen nur, Putin habe auf die Forderung Merkels »entsprechende Kommentare« abgegeben. Immerhin sollen beide Politiker vereinbart haben, »auch weiter im persönlichen Kontakt zu bleiben«. Putin hatte bereits beim Wirtschaftsforum in St. Petersburg Anfang Juni gesagt, Russland könne weiter Gas durch die ukrainischen Leitungen pumpen, wenn die Kiewer Regierung bei den geforderten Gebühren nachgebe. Kiew erlöst aus dem Gastransit jährlich zwischen zwei und drei Milliarden US-Dollar und ist nach eigenen Angaben auf dieses Geld angewiesen.

Tatsächlich ist die Frage, wie hart die politischen Garantien für die Fortsetzung des Gastransits durch die Ukraine sind, die Berlin den USA zugesichert hat. Nicht nur haben, wie die *Süddeutsche Zeitung* am Donnerstag berichtete, Juristen des Auswärtigen Amtes

Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit und Durchsetzbarkeit solcher Garantien geäußert. Vor allem aber laufen die Ausgleichsmaßnahmen auf dem Gebiet der Produktion von Wasserstoff in der Ukraine – gerade wenn sie gelingen – praktisch darauf hinaus, dass das bestehende Leitungsnetz künftig eben für ukrainischen Wasserstoff und nicht mehr für russisches Erdgas genutzt werden würde. Dessen Anteil am Transit wird also trotz aller Erklärungen Merkels über das »ukrainische Recht auf den Gastransit« – das es nicht gibt – als deutlich geringer als bisher unterstellt.

In Polen und der Ukraine rief die deutsch-US-amerikanische Einigung Enttäuschung hervor. Die Außenministerien beider Länder veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in der die Regierungen ihre Gegnerschaft gegen das Pipelineprojekt bekräftigten und den Vorwurf äußern, es habe eine »politische, Sicherheits- und Glaubwürdig-

keitskrise in Europa« hervorgerufen. Die bisherigen Ausgleichszusagen seien »oberflächlich und unzureichend«. Der polnische Regierungssprecher und PiS-Abgeordnete Piotr Müller erklärte, die Entwicklung sei ein »schlechtes Signal Washingtons« an seine Partner in Osteuropa. Merkel und Putin hätten gemeinsam eine potentielle Destabilisierung in Zentral- und Osteuropa »auf dem Gewissen«. Der ukrainische Außenminister Dmitro Kuleba sagte in Kiew, Russland habe noch keine Vorschläge gemacht, wie es künftig die Energiesicherheit der Ukraine gewährleisten wolle – als wäre das Moskaus Aufgabe. Nach dem, was bisher bekannt geworden ist, soll die BRD zunächst 175 Millionen Euro für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur in der Ukraine bereitstellen. Und sie soll sich bemühen, diesen Betrag mit Hilfe privater Investoren möglichst auf eine Milliarde aufzustocken.

Deutsche Soldaten bei Übung in Israel



Tel Aviv. An einer internationalen Übung mit Drohnen in Israel haben auch deutsche Soldaten teilgenommen. Das zehntägige gemeinsame Training Deutschlands mit den Armeen Israels, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens war nach Angaben des israelischen Militärs das erste dieser Art. Die Übung »Blue Guardian« (Blauer Wächter) auf der Palmachim-Basis südlich von Tel Aviv ging am Donnerstag zu Ende. Den Angaben zufolge trainierten die Teams der sechs Länder den Einsatz verschiedener unbemannter Luftfahrzeugsysteme. Der Kommandeur der Palmachim-Basis, Yoav Amiram, sagte während der Übung, die Drohnenpiloten der sechs Länder hätten gemeinsam für »komplizierte operative Szenarien trainiert wie die Unterstützung von Bodentruppen und die Erkennung und Zerstörung feindlicher Ziele auf dem modernen Schlachtfeld«.

(dpa/jw)

Frankreich verschärft »Antiterrorgesetz«

Paris. Das französische Parlament hat ein verschärftes Gesetz gegen den Terrorismus »besiegelt. Die Pariser Nationalversammlung stimmte am Donnerstag abschließend für die Vorlage der Regierung. Unter anderem kann der französische Inlandsgeheimdienst damit Rasterfahndungen über das Internet betreiben. »Der Terrorismus mutiert wie ein schmutziges Virus«, hatte Justizminister Éric Dupond-Moretti die Novelle begründet. Die Regierung hatte das Gesetz Ende April auf den Weg gebracht, wenige Tage nach dem mutmaßlich islamistischen Messerangriff auf eine Polizeiwache bei Paris mit einer Toten. Die Novelle sieht auch erleichterte Hausdurchsuchungen durch die Polizei vor und schärfere Auflagen für entlassene Gefangene, die in Zusammenhang mit Anschlägen verurteilt wurden. Die französische Menschenrechtsliga wirft der Regierung eine Einschränkung der Freiheitsrechte vor. (AFP/jw)

Warnstreiks bei Pharmahändlern

Tarifkonflikt: Verdi mobilisiert Beschäftigte im Groß- und Außenhandel in Berlin-Brandenburg

Die Gespräche stocken, eine Einigung ist nicht in Sicht. Der Verdi-Landesbezirk Berlin-Brandenburg rief im Tarifkonflikt des Groß- und Außenhandels Beschäftigte am Donnerstag zum Warnstreik auf. Es war bereits der dritte, diesmal ganztägig, speziell bei Pharmahändlern.

Offenbar mit Wirkung. »Die Streikbereitschaft ist hoch, knapp die Hälfte der Beschäftigten der fünf bestreikten Unternehmen nahm am Ausstand teil«, sagte Franziska Foullong, Verdi-Verhandlungsführerin, gleichentags im jW-Gespräch. Und auch sonst gebe

es positive Trends: mehr Mitglieder, mehr Streikende. Ihre Verdi-Kollegin Conny Weißbach, Fachbereichsleiterin Handel, ergänzte gegenüber jW: »Die Stimmung ist so kämpferisch wie seit Jahren nicht mehr.«

Die Motivation kommt nicht von ungefähr. Die Gegenseite bietet bislang minimale Entgeltzuwächse zwischen einem und 1,5 Prozent. Nicht für alle Beschäftigten, sondern zeitlich gestaffelt nach einer Art Rangliste. Belegschaften von Firmen, die gut durch die Coronakrise gekommen sind, würden im September eine Lohnerhöhung erhalten,

und jene in kriselnden Unternehmen erst im Herbst kommenden Jahres. Mit einer solchen »Differenzierung« würde ein künftiger Flächentarifvertrag ausgehöhlt, wissen Gewerkschafter. So oder so: »Dieses Angebot ist völlig inakzeptabel, bedeutet nichts weiter als einen Reallohnverlust für unsere Kolleginnen und Kollegen«, betonte Weißbach.

Verdi hingegen fordert für die Branche eine tabellenwirksame Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen um sechs Prozent, mindestens aber um 150 bzw. 70 Euro. Und nicht zuletzt ein Mindestentgelt

von 12,50 Euro pro Arbeitsstunde. Wichtig ist das: Um Lohn- und Sozialdumping künftig zu unterbinden, sollen die Tarifverträge seitens des Bundesarbeitsministeriums für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Die nächste, dann dritte Tarifrunde der Kontrahenten ist für den 29. Juli angesetzt. Reicht die Kondition für einen längeren Arbeitskampf? »Unser Organisationsgrad ist hoch, wir sind absolut in der Lage, Streiks auch im Hochsommer fortzusetzen«, betonte Verhandlungsführerin Foullong.

Oliver Rast

jW wird herausgegeben von **2.552 Genossinnen und Genossen** (Stand 16.6.2021)
www.jungewelt.de/lpg

